

## GOÄ-Reform: Vier Kommissionen werden gebildet

BONN. Das Bundesarbeitsministerium und die Bundesärztekammer haben anlässlich eines Gespräches am 10. Oktober über den weiteren Fortgang der Vorbereitungen zur Vierten Novelle zur Amtlichen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) vereinbart, nach einem Grundsatzgespräch vier Kommissionen zu bilden, in denen Sachverständige und Mitarbeiter des Arbeitsministeriums und der Bundesärztekammer vertreten sind. Die Themenkomplexe: Grundleistungen; Labormedizin; Strahlendiagnostik, Nuklearmedizin, Strahlentherapie sowie Chirurgische Leistungen.

Der (beamtete) Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bernhard Jagoda, hat der Bundesärztekammer zugesichert, daß die Gespräche über das Reformkonzept „baldmöglich“ aufgenommen werden sollen. Ursprünglich hatte das Bundesarbeitsministerium noch vor einhalb Jahren angekündigt, die Vierte Novelle zur GOÄ noch in dieser im Dezember zu Ende gehenden Legislaturperiode über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Nun ist ein neuer Anlauf für den Beginn der kommenden Legislaturperiode angesagt. EB

## FDP unterstützt Pflichtweiterbildung

BONN. Die FDP-Bundestagsabgeordneten Dieter Julius Cronenberg und Dr. Dieter Thomae wollen Bemühungen innerhalb der Ärzteschaft unterstützen, eine dreijährige Pflichtweiterbildung für allgemeinmedizinisch tätige Kassenärzte einzuführen. Die noch offene Frage nach einer möglichen Kollision von Bundes- und Landesrecht soll in der nächsten Legislaturperiode

geklärt werden. Die Sozialexperten der Liberalen plädieren ferner für eine ausreichende Zahl von Weiterbildungsstellen in der Allgemeinmedizin. So müßten auch in den Kassenarztpraxen mehr Weiterbildungsplätze für Allgemeinmedizin als bisher zur Verfügung gestellt werden. EB

## Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt

MAGDEBURG. Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt (KV S-A) hat auf ihrer ersten Vertreterversammlung am 6. Oktober 1990 in Magdeburg einen Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde der Chirurg Dr. med. Klaus Penndorf aus Magdeburg, seine Stellvertreterin die Hallenser Ärztin Dr. med. Gisela Baum. Vorstand, Vertreterversammlung und der Zulassungsausschuß werden bis zur Verleihung des Körperschaftsstatus zum 30. Juni 1991 in „körperschaftsähnli-

chen Funktionen“ die Rechte und Pflichten der kassenärztlichen Selbstverwaltung wahrnehmen.

Die Vertreterversammlung, die im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung stattgefunden hatte, diskutierte eine Fülle noch ungelöster Probleme der kassenärztlichen Selbstverwaltung und Versorgung, so die Umwandlung poliklinischer Einrichtungen in privatrechtliche Trägerschaft, die Altersversorgung der Kassenärzte sowie Vergütungs- und Vertragsstrukturen. Zur Lösung dieser Probleme boten sowohl die KBV als auch die Schwester-KV aus Niedersachsen Hilfe und Unterstützung an.

Die KV S-A strebt von vornherein eine enge Kooperation zu ihrer Schwesterkörperschaft, der Ärztekammer Sachsen-Anhalt, an. Ein personelles Signal dafür ist die Wahl des Kammerpräsidenten Professor Dr. med. Walter Brandstädter als außerordentliches Mitglied in den KV-Vorstand. WZ

## Stadtrat von Los Angeles billigt Programm gegen AIDS

LOS ANGELES - Der Stadtrat von Los Angeles hat ein ehrgeiziges Programm zum Kampf gegen AIDS verabschiedet. Das Projekt sieht vor allem eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung für Anti-AIDS-Programme sowie für die AIDS-Forschung vor. An alle Häftlinge sollen bei ihrer Entlassung aus dem Gefängnis unentgeltlich Präservative und Besteck zum Sterilisieren von Spritzen verteilt werden. Gleichzeitig sollen die Rechte der AIDS-Kranken gestärkt werden. So wendet sich der Stadtrat gegen die obligatorischen HIV-Tests bei der Einstellung. afp

## Entschädigung für Strahlenopfer

WASHINGTON. Das Repräsentantenhaus der USA hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der eine Entschädigung für krebserkrankte Bürger vorsieht, die durch Atom-bombenversuche oder beim Uranabbau radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren. Damit soll anerkannt werden, daß die Regierung sich ins Unrecht gesetzt habe, als sie Atomwaffen in der Wüste von Nevada getestet hat, obwohl der Wind in Richtung auf bewohnte Gebiete wehte. Die Bewohner der betroffenen westlichen Bundesstaaten werden in der Vorlage als „Opfer des Kalten Krieges“ anerkannt.

Die Möglichkeit für eine Entschädigung aus einem geplanten Fonds von zunächst 100 Millionen Dollar ist außerdem auch für Bergarbeiter in Uranminen gedacht, die radioaktiver Strahlung ohne entsprechende Schutzkleidung ausgesetzt waren. Präsident Bush muß das Gesetz jedoch noch unterzeichnen. afp

Die Versicherten über 60 Jahre stellen zwar nur 22 Prozent aller Versicherten, verbrauchten 1989 aber über 52 Prozent der GKV-Arzneikosten. Beispiel die 80- bis 84-jährigen: Hier wurden 1989 je Versicherten 32 Arzneipackungen im Gegenwert von 1043 DM verordnet, unter anderem 115 Tagesdosen eines Kardiakums und 107 Tagesdosen eines Augenmittels. Insgesamt verbrauchte diese Altersgruppe 1112 Tagesdosen. (Der Arzneiverordnungsreport '90 ist im Gustav-Fischer-Verlag, Stuttgart, erhältlich.)

